

JENS GNISA

Politik selber machen!

Warum ich
mein Richteramt
aufgebe und in
die Politik gehe

A portrait of Jens Gnisa, a middle-aged man with grey hair, wearing glasses, a dark suit, a light blue shirt, and a patterned tie. He is smiling and looking directly at the camera. The background is a plain, light grey color.

HERDER

Jens Gnisa

POLITIK SELBER MACHEN!

Warum ich mein Richteramt aufgabe
und in die Politik gehe

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

Meiner Heimat Lippe



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2020
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlagkonzeption: Verlag Herder
Umschlagmotiv: © CDU Lippe
Satz: Daniel Förster, Belgern
Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN E-Book: 978-3-451-82168-4
ISBN Print: 978-3-451-07219-2

INHALT

WARUM WIR EINEN NEUSTART DER DEMOKRATIE BRAUCHEN

Vorwort	7
I. PERSÖNLICHE ERFAHRUNGEN	13
Mein Weg vom Richter zum Politiker	13
Meine politischen Lehren	21
Die Führung fehlt	21
Der Kritiker ist der Star	24
Neid ist gesellschaftsfähig geworden	29
Im Zwangsgriff der Moral	31
Der Empörungswettstreit wird immer schriller	37
Verfehlt Themensetzung	40
II. WO DIE GRUNDPROBLEME LIEGEN	45
Grundproblem I: Das Volk stört die Verantwortlichen ..	45
»Die Bürger verstehen das nicht«	46
Die Missachtung des Alltagswissens	53
Persönliche Angriffe statt sachlicher Kritik	55
»Werte« statt Recht	57
Der Populismusvorwurf	59

Grundproblem II: Die Medien berichten zu einseitig ...	62
Die klassischen Medien verlassen ihre Position	62
Das Internet füllt die mediale Lücke nicht	68
Grundproblem III: Die Bürger begeben sich in Unmündigkeit	73
Grundproblem IV: Die Entscheidungsprozesse verschwinden in den Hinterzimmern	78
Grundproblem V: Das Sicherheitsdenken greift um sich	81
Grundproblem VI: Die Verengung des Entscheidungsspielraums durch Rechtsverdichtung ..	90

III. DIE VERANTWORTUNGSREPUBLIK:

POLITIK SELBER MACHEN!	99
Debatten führen und aushalten	103
Eine Kultur des Respekts pflegen	104
Weniger moralisieren	106
Die Angstkultur überwinden	108
Mehr Fehler zulassen	110
Mehr Mut zur Führung	114
Weniger Recht – mehr Freiraum für Verantwortung ...	117
Qualität in den Medien halten	119
Das Volk als Souverän ernst nehmen	121

JEDER IST GEFORDERT

Schluss	125
---------------	-----

ÜBER DEN AUTOR	127
----------------------	-----

WARUM WIR EINEN NEUSTART DER DEMOKRATIE BRAUCHEN

Vorwort

Unsere Demokratie ist in einer Krise. Es kostet uns allerdings große Überwindung, dies ehrlich zuzugeben. Warum? Weil Phasen der Veränderung auch immer Angst machen? Weil wir die Dinge deshalb vor uns herschieben, gar verleugnen? Vielleicht. Aber Krisen sind auch immer Chancen. Diese müssen wir jetzt nutzen.

In die Phase des Zweifels fällt die Corona-Krise. Sie wird unsere Welt verändern. Die Digitalisierung steht vor einem Sprung, unser Wirtschaftssystem vor Umbrüchen. Das macht vielen Sorgen. Aber es gibt auch gute Nachrichten: Wir sind uns wieder bewusster, was wirklich wichtig im Leben ist. Einerseits ein starker Staat, der uns schützen kann. Aber vor allem soziale Kontakte: Familie, Freunde, auch die Heimat. Der Zusammenhalt ist gestärkt. Plötzlich wissen wir wieder, was wirklich zählt. Das finde ich großartig.

Auch unsere Demokratie werden wir reformieren müssen. Sie zeigte jedenfalls bis zur Corona-Krise seit langem deutliche Verfallserscheinungen. Niedrige Zustimmungswerte für die Politik, Vertrauensverlust in die staatlichen Organe, ein Klima, in dem viele Bürger eine offene Debatte gar nicht mehr für möglich

halten, Hass und Hetze, die sich bis hin zu Mordanschlägen steigerten. Unsere Demokratie ist in einen Sog nach unten geraten. Berlin ist zwar nicht Weimar. Ein Scheitern unserer Demokratie ist aber trotzdem möglich. Corona verschafft unserer Demokratie zwar auf Grund der gestiegenen Zustimmungswerte etwas Luft. Aber wir dürfen uns nicht selbst täuschen. Wenn wir nicht an die Strukturen gehen, dann wird die Politik wieder in das Stadium des freien Falls zurückkehren.

Ich schreibe dieses Buch, um mitzuhelfen, genau das zu verhindern, und um meine Erfahrungen als ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Richterbundes und als Richter mit 30-jähriger Berufserfahrung einzubringen. Und ich möchte mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb gehe ich in die Politik. Dahin, wo es wirklich brennt. Meine Erfahrung sagt mir: Wir können optimistisch sein. Wir müssen aber nun darangehen, ernsthafte und tiefgreifende Reformen einzuleiten. Diese Reformen können nur von den Bürgern selbst angestoßen werden. Die Bürger dürfen nicht einfach abwarten. Nein, jeder ist gefordert. Denn es geht um unsere Demokratie, die hart errungen werden musste. Ich bin fest überzeugt, unsere Demokratie kann gerettet werden, wenn wir uns alle wieder verantwortlich fühlen und engagieren. Wenn wir Politik also selber machen.

Am 31. Dezember 2019 bin ich vom Bundesvorsitz des Deutschen Richterbundes zurückgetreten, um als Landrat in meiner Heimat, dem Kreis Lippe, zu kandidieren. Das ist ungewöhnlich. Ich war in Berlin angekommen, wieso dann wieder zurück auf die kommunale Ebene? So manch guter Freund stellte mir diese Frage. Der Deutsche Richterbund ist die größte Vereinigung von Richtern und Staatsanwälten in Europa. Sein Vorsitzender hat ein Spitzenamt in Berlin. Er findet direkten Zugang zu den Ministern, ist Delegationschef der Deutschen Richterschaft auf internationalen Kongressen und bekommt eine Einladung zum

Bundespresseball. Man gehört »dazu«. Das alles aufgeben für die Aussicht, Landrat werden zu können? Schon in den Reaktionen auf diesen Schritt wurde aber die Spaltung unserer Republik deutlich. Das hat mich bestärkt zu handeln. Während die Kollegen in erster Linie eher ungläubig fragten, warum ich denn das Amt aufgäbe, gratulierten mir die Bürger zu meinem Mut. Mut, um für ein Wahlamt zu kandidieren – in einer Demokratie? Das fand ich sonderbar. Dahinter steht aber die Sorge der Bürger, dass Menschen, die klar ihre Meinung sagen, schnell persönlich angegriffen und zerrieben werden. Dass man als Quereinsteiger keine Chance hat. Darf diese Sorge in einer Demokratie so stehen bleiben? Mit Sicherheit nicht! Ich sehe es auch anders: Was gibt es Schöneres, als mit den vielen Erfahrungen, die ich gewonnen habe, beruflich in die Heimat zurückkehren zu dürfen?

Ich kann helfen, die Dinge wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. In unserem Land läuft einiges gehörig falsch – aber ganz anders, als man in den Medien hört. Es geht weniger um die vielbeschworene Spaltung in Links und Rechts, sondern in Verantwortliche – den missverständlichen Begriff »Elite« werde ich in diesem Buch vermeiden – einerseits und die Bürger andererseits, jedenfalls in Berlin. 25 Jahre habe ich als Funktionär im Richterbund gekämpft. Ich bin vom Bezirksgruppenvorsitzenden über den Vorsitz im Land Nordrhein-Westfalen bis schließlich zum Bundesvorsitzenden aufgestiegen. Stets habe ich auf die Gefährdungen des Rechtsstaats hingewiesen. Das war richtig. Aber erst nachdem ich den Bundesvorsitz des Deutschen Richterbundes übernommen und fast vier Jahre geführt habe, wurde mir klar: Weniger der Rechtsstaat ist in Deutschland gefährdet als vielmehr die Demokratie. Wir müssen viel tiefer in die Probleme eindringen, um sie lösen zu können. Dazu brauchen wir Mut, offene Debatten, auch harte Entscheidungen. Unsere so lange vom Wohlstand verwöhnte Gesellschaft scheint es sich bequem gemacht zu haben. Die Probleme beginnen im Machtzentrum. Die berühmte

»Berliner Blase« – ich habe sie miterlebt, es hat mich fast zerrissen. Als Direktor des Amtsgerichts Bielefeld bin ich ein Mann der Basis. Ganz bewusst habe ich mich in meiner Justizkarriere dazu entschieden, vom Oberlandesgericht wieder in die erste Instanz zurückzugehen. Wie oft hatte ich mir vorgenommen, die Dinge, die an der Basis nicht laufen, schonungslos in Berlin vorzutragen. Wie oft bin ich morgens mit dem ICE in meiner Heimat motiviert gestartet, um am nächsten Tag mit dem Gefühl, nur in Berlin läuft es richtig, wieder zurückzukehren. Zuhause erwartete mich dann wieder die Realität. Die Stimmung in Berlin nimmt einen ein. Man spürt dort nicht mal den eigenen Richtungswechsel. Schnell, aber für einen selbst fast unmerklich vollzieht er sich und bewirkt das, was wir alle beklagen: Bürgerferne. Die Bürger sprechen von der Berliner Blase. Auch vielen Abgeordneten, die ihren Wählern im Wahlbezirk Rede und Antwort stehen müssen, geht es so. Selbst wenn sie ein Direktmandat gewonnen haben. Ein Beispiel für die Veränderung durch die Blase Berlin ist für mich Horst Seehofer. Als Vertreter einer harten Linie gegenüber den Flüchtlingen kam er als Innenminister nach Berlin und machte sich binnen weniger Monate Positionen zu eigen, die er kurz zuvor noch heftig bekämpft hatte. So warb er etwa Anfang März 2020 für die europäische Aufnahme von rund 5000 Kindern und Jugendlichen aus griechischen Flüchtlingslagern und für eine Koalition der Willigen in der EU. Im Oktober 2019 hatte er schon mit dem Vorschlag von sich Reden gemacht, ein Viertel der in Seenot geretteten Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Noch im Juni 2018 hatte derselbe Horst Seehofer verlangt, dass in anderen EU-Ländern registrierte Flüchtlinge an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden müssten. Zeitweise sah es so aus, als wenn daran die Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU scheitern würde. Der Streit zwischen dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus und Horst Seehofer am 8. März 2020 in Berlin war typisch. Seehofer befürwortete die Aufnahme

von Flüchtlingen von der griechisch-türkischen Grenze, Brinkhaus meinte, dass er das seinen Wählern nicht mehr begreiflich machen könne. Brinkhaus muss einen Wahlkreis verteidigen. Er ist naturgemäß näher bei den Bürgern. Seehofer muss das nicht mehr und wird von Beamten beraten, die wiederum selbst Teil der Blase sind. Der Konflikt ist in den Strukturen begründet.

Es muss sich etwas tun. Die für den Staat Verantwortlichen und die Bürger, sie dürfen nicht noch weiter auseinanderdriften. Wertgeschätzt wird die Meinung der Bürger von vielen Verantwortlichen eher weniger. Man weiß es besser. Die Bürger spüren das und rächen sich; in der Wahlkabine, durch wirklich hässliche Kommentare in den Sozialen Medien oder ganz einfach durch Rückzug auf das Sofa. Die Dinge haben sich verselbständigt. Emotional bin ich in den letzten Jahren bei den Bürgern angekommen. Das führte zu so manchem Unverständnis in den eigenen Reihen.

Ich bin überzeugt: Diese Gegensätzlichkeit gefährdet unsere Demokratie. Diese Gegensätzlichkeit sorgt dafür, dass Politiker mit einfachen Lösungen nach oben gespült werden. Wir kennen sie aus andere Ländern: Trump, Boris Johnson, Orbán, Erdoğan – oder bei uns die AfD. Allen ist gemeinsam, dass sie das Volk gegen die Verantwortlichen in Stellung bringen. Sie tun das aus Macht hunger. Was aus dem Volk wird, ist ihnen egal. Ich möchte daran mitwirken, das zumindest für Deutschland zu verhindern. Denn eins steht für mich fest: So weit sind wir davon auch nicht mehr entfernt. Ich gehe jede Wette ein: Auf einen Bundeskanzler Robert Habeck würde ein deutscher Trump folgen.

Meine Erfahrungen zeigen mir aber auch: Es gibt noch einen Politikbereich, der weitgehend funktioniert. Dieser Bereich ist bürgernah, trotz politischer Gegensätze sachorientiert und vom ehrenamtlichen Engagement getragen: die Kommunalpolitik. Sicher, auch hier mag es Verkrustungen geben. Aber hier habe ich die Demokratie als wirklich intakt erlebt. Was liegt also näher, als von den Kommunen aus einen neuen Versuch für durchgreifende

Reformen zu starten? Zumindest in der Heimat, aber vielleicht auch über den Modellcharakter der eigenen Region eine neue politische Strömung in Gang zu setzen. Schon direkt nach dem letzten Krieg wurde Deutschland von den Kommunen aus wieder aufgebaut. Ein ehemaliger Bürgermeister – Konrad Adenauer – wurde Bundeskanzler. Der tiefere Sinn erschließt sich mir erst jetzt. Wir müssen erneut eine Aufbauleistung erbringen, eine Aufbauleistung für unsere Demokratie. Dies kann nur von der Basis aus geschehen. Die Zeit ist dafür jetzt günstig. Eine von den Verantwortlichen abgeschirmte, wattierte Demokratie wird auf Dauer keinen Bestand haben. Eine kluge Politik braucht nämlich die Bürger, mit denen sie auf Augenhöhe diskutiert. Entweder Politikern und Bürgern gelingt es wieder, an einem Ziel zu arbeiten, oder unsere Republik wird keinen Bestand haben. Schaffen wir es, von der Basis, von den Kommunen, aus der Provinz eine Reformwelle anzustoßen und unsere Demokratie zu retten?